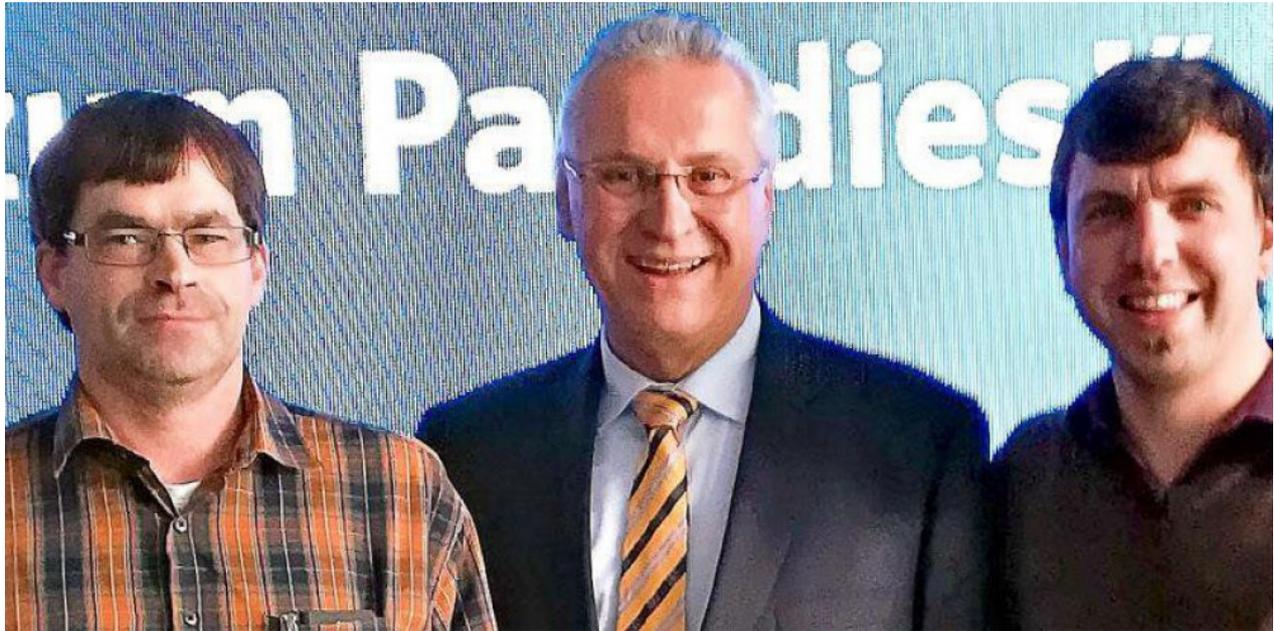


"Steuerzahler schießt sich ins Bein"

Rottaler CSA-Delegierte in München im Gespräch mit Joachim Herrmann

© 14.10.2017 | Stand 14.10.2017, 02:06 Uhr



Innenminister Joachim Herrmann(Mitte) mit den Rottaler Delegierten Gerhard Zeiler (links) und Franz Reiter. – Foto: red

Pfarrkirchen/München. Zur Landesversammlung in München trafen sich die Delegierten der Christlich-sozialen Arbeitnehmerunion (CSA). Auch wenn der Punkt "Wahlanalyse" nicht auf der Tagesordnung stand, drängte sich eine Diskussion mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann förmlich auf.

Dabei kamen auch die Rottaler Delegierten zu Wort, heißt es in einer Pressemitteilung der CSA Rottal-Inn. So wollte Franz Reiter (Dietersburg), CSA-Kreisvorsitzender, wissen, ob man noch vom "gelobten Bayernland" – diese Worte wählte Herrmann in seiner Rede – sprechen könne, nachdem man auch als CSU nichts gegen die Ehe für Alle unternommen habe. "Wieso hat man bei dieser Abstimmung auch den Fraktionszwang innerhalb der CSU aufgehoben?", wollte Reiter wissen. "Erst zuzustimmen, um danach gegebenenfalls dagegen zu Klagen ist Unsinn".

Herrmann halte eine Klage für richtig. Aktuell habe die Staatsregierung hierzu zwei Gutachten in Auftrag gegeben, danach werde entschieden.

Gerhard Zeiler (Massing) meldete sich ebenfalls zu Wort und wollte wissen, wie es um die aktuelle Situation bezüglich der Fertigstellung der Autobahn A94 steht. Hierzu habe der Minister mitgeteilt, dass für Simbach am Inn das beschleunigte Verfahren gelte und man mit den Gemeinden in gutem Kontakt stehe. Herrmann: "Die Fertigstellung erfolgt so schnell wie möglich. Sie können sich darauf verlassen."

Da die Frist um einen Tag überschritten wurde, konnte der von 23 Mitgliedern unterschriebene Initiativantrag für den CSU-Parteitag, mit dem die Parteiführung aufgefordert werden sollte, sich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen für ein neues Wahlrecht mit dem Ziel der Verkleinerung des Bundestages einzusetzen (wir berichteten), nicht behandelt werden. Begründet wurde der Antrag unter anderem mit den hohen Mehrkosten von 300 Millionen Euro für die kommende Wahlperiode, die der Bund der Steuerzahler bereits berechnet habe.

"Die einzige Möglichkeit die Forderung in die Tat umzusetzen, ist die Aufnahme in den Koalitionsvertrag", so Reiter. Der Antrag wird deshalb an den Generalsekretär der CSU und über diesen an Horst Seehofer weitergeleitet. "Ich hoffe, dass wir auch hier über den direkten Draht nach oben profitieren können", erklärt Reiter. "Ironischerweise hat sich derjenige Unionswähler, der dieses Mal aus Protest anders gewählt hat, aufgrund des aufgeblähten Bundestages quasi selber bestraft, sofern er Steuerzahler ist", meint der CSA-Kreisvorsitzende.

– red